

Gerangel um Strassenhoheit

Kanton bleibt hart – Strassenlobby warnt vor Verzögerungen beim Unterhalt

In Bern sollen drei Kantonsstrassen in die Obhut des Bundes kommen. Der will aber nicht bezahlen. Die Strassenlobby warnt nun vor einem langen Streit mit dem Kanton.

TOBIAS GAFAFER

Auf der Hauptstrasse Spiez–Kandersteg kommt es auch diesen Sommer immer wieder zu Staus. Der Abschnitt ist eine von drei Berner Hauptstrassen, um deren Unterhalt Bund und Kanton streiten. Denn der Bundesrat will bestehende Kantonsstrassen in Bundeshoheit überführen. Neben dem Abschnitt im Kandertal handelt es sich in Bern um die Kantonsstrasse Bern/Schönbühl–Biel und jene von Thielle bei Neuenburg nach Murten. Mit dem neuen Finanzausgleich (NFA) ist nun seit Anfang Jahr

der Bund alleine für den Unterhalt und den Ausbau der Nationalstrassen zuständig. Deshalb will auch der Kanton Bern Strassen abgeben.

Das Geld für den Unterhalt will der Bund aber nun beim Kanton holen. Der Verband der im Strassenbau tätigen Schweizer Bauunternehmen (Infra) warnt jetzt vor einem «jahrelangen Streit» zwischen dem Bund und dem Kanton Bern. Daher bestehe die Gefahr, dass keine der beiden Seiten das nötige Geld für anstehende Reparaturen und den Unterhalt spreche. Der Verband fordert nun eine «rasche Klärung» der Verhältnisse.

Kompromiss in weiter Ferne

Der Kanton Bern will jedenfalls hart bleiben: «Wir haben sehr grosse Mühe mit dem Vorschlag des Bundesrates», sagt Stefan Studer, Kantonsoberingenieur bei der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion

(BVE), auf Anfrage. Es liege «ganz klar» in der Verantwortung des Bundes, für den Unterhalt der drei Strassen zu zahlen. Wie hoch die Kosten für den Unterhalt und den Ausbau der drei Strassen sind, steht noch nicht fest. Es dürfte sich aber um Millionenbeträge handeln. «Wir prüfen die Kosten», sagt Studer.

Die Berner Kantonsregierung hat nun bis Ende Oktober Zeit, um zur Vernehmlassung des Bundes Stellung zu nehmen. Die Baudirektion sei im Moment daran, eine Stellungnahme auszuarbeiten, sagt Studer. Bau- und Verkehrsdirektorin Barbara Egger (sp) hatte bereits angekündigt, das neue System zu bekämpfen. Details sind laut Studer im Moment aber noch offen. Mit seiner Position steht Bern nicht alleine: Auch andere Kantone wollen sich querstellen. Ein Kompromiss ist somit in weiter Ferne: Denn auch der Bund will hart bleiben.

